



Prof. Dr. Friedhelm Boll

Das Zusammenwirken von Kirche und Staat beim Beginn der polnisch-deutschen Aussöhnung

1. Die innerkirchlichen Diskussionen

Der Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder vom 18. November 1965 in den Wochen des zu Ende gehenden II. Vatikanischen Konzils fiel in eine Zeit, in der in Deutschland mit steigendem Interesse und anhaltender Intensität die deutsch-polnischen Beziehungen diskutiert wurden.

Den Beginn machte Kardinal Döpfners mit seiner berühmten Predigt vom 16. Oktober 1960, in der er sagte, dass das deutsche Volk die Verbrechen des Nationalsozialismus am polnischen Volk zu sühnen haben werde und dass der Friede mit Polen „nur unter sehr großen Opfern“ erlangt werden könne.¹

Bereits 1962 veröffentlichte eine Gruppe von acht Intellektuellen der evangelischen Kirche (Rechtsanwalt Hellmut Becker, Kreßbronn, Präses D. Dr. Joachim Beckmann, Düsseldorf, Intendant D. Klaus von Bismarck, Köln, Professor Dr. Werner Heisenberg, München, Dr. Günter Howe, Heidelberg, Dr. Georg Picht, Hinterzarten, Professor Dr. Ludwig Raiser, Tübingen, Professor Dr. Carl-Friedrich Freiherr von Weizsäcker, Hamburg) ein „Memorandum der acht“ (DIE ZEIT, 2.3.1962, später Tübinger Memorandum genannt) in dem bereits zu Beginn eine Warnung vor bestimmten Illusionen in der Außenpolitik gewarnt wurde. Dazu gehöre die Illusion, „daß aber das nationale Anliegen der Wiedervereinigung in Freiheit heute nicht durchgesetzt werden kann, und daß wir den Souveränitätsanspruch auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie werden verloren geben müssen.“

Im katholischen Volksteil war es allein Pax Christi, die mit ihrer so erfolgreichen Wallfahrt nach Auschwitz 1964 und den überaus beeindruckenden Begegnungen mit Erzbischof Karol Wojtyła und Bischof Bolesław Kominek das Problem der deutsch-polnischen Beziehungen offen thematisierte. Von dieser Wallfahrt brachte sie eine Initiative mit, die sich „Solidaritätsspende“ für kranke und alte Opfer der deutschen Besatzungszeit nannte. Erst nach langen Verhandlungen gelang es 1973, die Solidaritätsspende, für die allmählich in allen Bistümern gesammelt wurde, ins Maximilian-Kolbe-Werk umzuwandeln. Da für diese Spende jährlich gesammelt wurde, hielt sie das Thema Polen in kirchlichen Kreisen wach.

Das größte innenpolitische Ereignis im Bezug auf das Verhältnis zu Polen kam jedoch der „Ost-Denkschrift“ der EKD zu, die am 1. Oktober 1965 veröffentlicht wurde und etwa ein Jahr lang die evangelische Kirche in Deutschland intensiv beschäftigte. Die Denkschrift unter

¹ Stehle, S. 537

dem Titel „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ war unter der Leitung von Ludwig Raiser (Tübinger Memorandum) von der „Kammer für Öffentlichen Verantwortung“ vorgelegt worden und anschließend in einem anhaltenden Diskussionsprozess in den evangelischen Gemeinden diskutiert worden. Im Anschluss daran wurde sie eine offizielle Erklärung der EKD. Die anhaltende Diskussion trug dazu bei, dass die Diskussion um einen in der Denkschrift angedeuteten „Rechtsverzicht auf die östlich von Oder und Neiße gelegenen ehemaligen deutschen Ostgebiete“ zu einer „Zäsur in der Meinungsentwicklung“ (Peter Bender) in der Bundesrepublik wurde.

Der Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder passte in diese innerdeutsche Diskussion insofern hinein, als sie die Diskussion auf den katholischen Volksteil ausweitete, ohne allerdings die Brisanz der evangelischen Debatte zu erreichen. Hier waren es wiederum die führenden Leute von Pax Christi um Alfons Erb, Pater Manfred Hörhammer und vor allem Walter Dirks, die mit der Antwort der deutschen Bischöfe unzufrieden waren: Die deutschen Bischöfe hatten zwar die Einladung ihrer Amtsbrüder, 1966 Polen zu besuchen, freudig angenommen, aber eine Stellungnahme zum „heißen Eisen“ (polnische Westgrenze) vollkommen vermieden. Die Pax Christi-Leute wussten, dass sie zu diesem Thema Stellung beziehen mussten. Sie gründeten einen Kreis von „Freunden von Pax Christi“ (später Bensberger Kreis), die sich in einer zweijährigen Arbeit genau diesem Thema des Verhältnisses zum polnischen Nachbarn zuwandten und an die evangelische Diskussion anknüpften.

Die Veröffentlichung des sogenannten Bensberger Memorandums Anfang April 1968 schlug in der Öffentlichkeit wie in der katholischen Presse (auch in der Bistumspresse) wie eine Bombe ein. Weit über tausend Pressemeldungen beziehen sich auf dieses Memorandum, sodass die Diskussion bis zum Katholikentag im September 1968 anhielt. Die entscheidende Schlussfolgerung des Memorandums lautete, dass angesichts der Lage in Polen das deutsche Volk sich mit dem Gedanken vertraut machen muss, „dass wir die Rückkehr dieser [ehemaligen deutschen] Gebiete in den deutschen Staatsverband nicht mehr fordern können.“ (S. 18).

Vielfach wird betont, dass es sich beim Brief der polnischen Bischöfe um einen rein kirchlichen Brief, d.h. um eine Einladung zur Feier des Millenniums der Christianisierung Polens handelte. Der Brief ist mit seiner langen Darstellung der christlichen Entwicklung Polens auch in diesem Stil geschrieben. Am Schluss werden jedoch auch die „heißen Eisen“ zwischen den beiden Völkern erwähnt, insbesondere „die polnische Westgrenze an Oder und Neiße“. Dass es sich hierbei um eine „Existenzfrage“ des polnischen Staates handle, wird eigens begründet. Insofern hat der Brief der polnischen Bischöfe sehr wohl einen bedeutenden politischen Inhalt, auch wenn Kardinal Wyszyński dies später anders beurteilte.

2. Die Aktivitäten der staatlichen Seite

Die in den 1960er Jahren intensiviertere innerdeutsche Diskussion um das Verhältnis zu Polen, konnte selbstverständlich nicht an der Politik vorbeigeführt werden. Bereits 1963 hatten Egon Bahr und Willy Brandt in Tutzing über „Wandel durch Annäherung“ gesprochen. In seinen Memorien bestätigte Willy Brandt, dass das Memorandum des Bensberger Kreises,

die Ostdenkschrift der EKD sowie der Briefwechsel der Bischöfe seiner Politik der Verständigung und des Ausgleichs vorgearbeitet habe. „Die Gespräche der Kirchen und ihrer Gemeinden war dem Dialog der Politiker voraus.“² Egon Bahr bestätigte diese Ansicht mit dem Satz: „All das hat Willy Brandt dazu veranlasst, mutiger zu sein, als es eigentlich angemessen war.“³

Wenige Tage nach der Veröffentlichung des Bensberger Memorandums wurde Willy Brandt aktiv. Anlässlich des SPD-Parteitags vom April 1968, gab er Erhard Eppler, der als Mitglied der Kammer für öffentliche Verantwortung die innerprotestantischen Diskussionen aktiv miterlebt hatte, den Auftrag, eine Resolution des Parteitags zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze vorzubereiten. So geschah es. Die SPD hat somit bereits eineinhalb Jahre vor dem Wahlsieg vom September 1969 erklärt, welche Regelung sie mit Polen anstrebe. Dieses von den polnischen Bischöfen erklärte „heiße Eisen“ wurde nun Grundlage des Gewaltverzichtsvertrags von Willy Brandt mit der polnischen Regierung im Warschauer Vertrag von Dezember 1970. Die Aussöhnung mit Deutschland war vollkommen auf die Seite der sozialliberalen Bundesregierung, d.h. auf die staatliche Ebene übertragen worden.

Damit hatte die Enttäuschung der polnischen Bischöfe offenbar ihren Tiefpunkt erreicht. Hatte Kardinal Wyszyński im September 1968 noch einen überschwänglichen Dankes-Brief an den Bensberger Kreis (und damit an die Pax Christi) geschickt und sich für das „wohldurchdachte Memorandum“ bedankt, so folgten kurz vor der Unterzeichnung des Warschauer Abkommens im Dezember 1970 zwei Briefe in tiefer Enttäuschung. Der polnische Primas schrieb am 5. November 1970 von Rom aus an Kardinal Döpfner, den Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz. Die Anerkennung der polnische Westgrenze habe gar nichts mit Politik zu tun. Dies sei eine „seelsorgliche Pflicht“, die „Lebensfrage“ für Polen und gleichzeitig eine „Kirchenfrage“. Dann hieß es: "Nun muß ich Ihnen ganz ehrlich gestehen, daß die Antwort des deutschen Episkopats auf unseren Versöhnungsbrief nicht nur die Polen, sondern die Weltmeinung enttäuscht hat. Unsere so herzlich ausgestreckte Hand wurde nicht ohne Vorbehalt angenommen ..., dies ist umso trauriger, da die deutschen Protestanten dem katholischen Polen in einer viel mehr evangelischen Gesinnung entgegenkommen.“

In ähnlich enttäuschter Form klagte Kominek in einem Memorandum vom 28.10.1970, das er mehreren christdemokratischen Parteien Europas vorlegen ließ: „Warum hat der katholische CDU-Kanzler (Kiesinger) die Möglichkeit einer historisch-moralischen Bereinigung nicht wahrgenommen oder versucht?... Jetzt hat die deutsche Linke unter Brandt die längst fällige Frage in die Hand genommen...“

Nun kam viel auf das Verhalten des Vatikans an. Primas Wyszyński war bestens informiert, da er jährlich mindestens einmal nach Rom reiste. Als die Diskussion um die Anerkennung der polnischen Westgrenze nach dem Kniefall Brandts in Warschau heftige Debatten auslöste, zögerte der Vatikan mit der Übergabe der ehemals deutschen Bistümer an die polnische Kirche. Erst nach dem gescheiterten Misstrauensvotum gegen Willy Brandt und

² Willy Brandt, Begegnungen und Einsichten, Hamburg 191976, S241

³ Zitiert nach Boll, „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.“, S. 57. Jetzt auch online : <https://library.fes.de/pdf-files/historiker/03789.pdf>

der kurz darauf erfolgten Ratifizierung der Ostverträge war die Stunde gekommen, dass der Vatikan die Neuregelung der Bistumsgrenzen vornahm.

Umgehend erfolgte auch die Anerkennung dieser neuen Regelung durch das Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Es war Bernhard Vogel (CDU), der dies bewerkstelligte, obwohl die CDU/CSU-Fraktion dies strikt ablehnte. Die Bahn war frei für eine zögerliche Annäherung der polnischen und deutschen Bischöfe sowie für gegenseitige Besuche.

Aber selbst 1978, als Kardinal Wyszyński die Bundesrepublik besuchte, wagte er es nicht, die Enttäuschung über den Briefwechsel offen anzusprechen.

Gegenüber Winfried Lipscher, dem langjährigen Dolmetscher der deutschen Botschaft in Warschau und seit 1968 Mitglied des Bensberger Kreis, sagte der polnische Primas einmal:

„Was wir von den Deutschen einmal haben wollten, haben wir von ihnen sogar zweimal bekommen, aber zweimal von den Falschen: Von der Evangelischen Kirche und von der SPD. Wir hätten es lieber von der Katholischen Kirche und von der CDU gehabt.“

Ohne die Entspannungspolitik Willy Brandts wäre die vorsichtige Aussöhnung zwischen Polen und Deutschland so nicht zustande gekommen. Daher schlage ich vor, das Datum des Warschauer Vertrags und seiner Ratifizierung in die Liste der zu erinnernden Jahrestage 1970-72 in die Broschüre von Y. Gabriel aufzunehmen.